

meinsamen Handelshauses zum Vertrieb chinesischer Waren in Japan (Teppiche, Lebensmittel u.a.) geeinigt; das eingetragene Kapital beträgt 100 Mio.Yen, das von beiden Partnern zu gleichen Teilen aufgebracht wird, die Firma wird bei der Daiei-Zentrale in Osaka angesiedelt (NFA, 20.1.81).

-p-

(51) Shanghai baut Schiffe für deutsche Reeder

Die Shanghaier Werft Zhonghua wird für die in Hamburg ansässige Firma Schulz & Clemmesen, Schulauer Befrachtungskontor, drei kleine Massengutfrachter bauen, für drei weitere erhält die Firma eine Option. Die Schiffe werden in der zweiten Jahreshälfte 1982 abgeliefert werden und haben eine Kapazität von 4.400 tdw. Ein zweiter Vertrag wurde zwischen der Shanghaier Werft und den Reedereien Claus F.Oldendorff, Lübeck, und Peter Döhle, Schiffahrts-KG, Hamburg, abgeschlossen. Hier geht es um den Bau von vier Containerschiffen im Wert von zusammen 80 Mio.DM. Die Schiffe haben je eine Größe von 12.300 tdw und werden von Juni 1982 bis März 1983 ausgeliefert werden (Fin. Times, 23.1.81).

-ga-

(52) Japan finanziert Krankenhausbau

Im Beisein des chinesischen Gesundheitsministers Quian Xinzhong tauschten der japanische Botschafter in Beijing, Yoshida Kenzo, und der Vizeminister für das öffentliche Gesundheitswesen, Tan Yunhe, Noten über die Gewährung einer japanischen Schenkung (grant) zur Errichtung des "Japanisch-chinesischen Freundschaftskrankenhauses" in Beijing aus. Die japanische Seite hatte die Zusage zur Gewährung eines solchen "grant" 1979 anlässlich des Besuchs des inzwischen verstorbenen Ministerpräsidenten Ohira Masayoshi in Beijing gemacht. Das Krankenhaus wird eine Bettenkapazität von 1.000 Einheiten umfassen; angegliedert sind eine Ambulanz, ein Forschungsinstitut, ein Rehabilitationszentrum und eine Pflegerinnenschule. Der Baubeginn ist für Ende 1981 vorgesehen, das Projekt soll im Frühjahr 1984 abgeschlossen sein (XNA, 26.1.81/SWB, 31.1.81).

-p-

(53) Japanisch-chinesisches Doppelbesteuerungsabkommen in Sicht

Fachleute beider Länder beendeten am 28.1.81 dreitägige Gespräche als erste Runde von Verhandlungen über ein Doppelbesteuerungsabkommen, das bei Ministergesprächen im Dezember 1980 in Aussicht genommen worden war. Auf chinesischer Seite nahm Liu Zhicheng (Leiter der Steuerabteilung des Finanzministeriums) an den Gesprächen teil, Leiter der japanischen Delegation war Umezawa Setsuo (Referatsleiter im japanischen Finanzministerium). Beide Seiten einigten sich darauf, bald eine neue Gesprächsrunde zu beginnen - Ort und Zeitpunkt sollen durch übliche diplomatische Kanäle vereinbart werden (XNA, 29.1.81).

-p-

(54) Bereitschaft Chinas, mit Großbritannien Altschulden zu begleichen

Gegenüber Großbritannien hat die Volksrepublik China ihre Bereitschaft erklärt, die durch die Gründung der Volksrepublik 1949 - und die damit erfolgten Enteignungen - entstandenen Schulden zu begleichen. Parallel dazu wollen die Chinesen eine Entschädigung für die im Gegenzug in Großbritannien

beschlagnahmten Vermögenswerte. Britische Vermögenswerte in China belaufen sich auf mehrere hundert Millionen Pfund. Sie umfassen Immobilien, Pensionsansprüche, Bankguthaben und in chinesischer Währung ausgestellte Schuldverschreibungen. Getrennt verhandelt werden soll über Schuldverschreibungen, die auf Pfund Sterling lauten. Zu den größten Gläubigern, die im vorrevolutionären China große Vermögenswerte besessen haben, gehören die BAT Industries, der Welt größter Zigarettenhersteller, die Ölfirma Shell und auch das heute in Hongkong beheimatete Handelshaus Jardine Matheson.

1979 hatte man mit den Vereinigten Staaten ein Abkommen über die gegenseitigen Altschulden getroffen. Amerikanische Forderungen gegenüber China hatten 220 Mio.\$ betragen, chinesische Forderungen gegenüber den USA rund 90 Mio.\$. Im Endeffekt hatte man sich daraufhin geeinigt, pro 1 Dollar US-Forderung 41 cent anzuerkennen, so daß sich die Summen der gegenseitigen Forderungen ausgeglichen haben.

-ga-

WIRTSCHAFT

(55) Staatsratsdirektive gegen Spekulation, Profitmacherei und Schmuggel

Der chinesische Staatsrat hat eine umfassende Direktive herausgegeben, die die "Stärkung der Kontrolle der Märkte und ein Eingreifen gegen Spekulation, Profitmacherei und Schmuggel" zum Ziele hat. Im einzelnen werden folgende Bestimmungen getroffen:

Alle Handelsabteilungen und Büros müssen streng darauf achten, daß die Bestimmungen der Kaufs- und Verkaufspolitik und der Preispolitik eingehalten werden. Sie müssen ihre geschäftlichen Aktivitäten streng im Rahmen ihrer Geschäftslizenzen einhalten, ihnen ist es nicht gestattet, Preise zu erhöhen.

Industrieunternehmungen haben streng darauf zu achten, daß alle staatlichen Abgabeverpflichtungen erfüllt und daß die Produktionsverträge eingehalten werden. Auf dieser Basis ist es ihnen dann gestattet, durch eigene Kanäle ihre Erzeugnisse zu verkaufen.

Ohne Zustimmung der Industrie- und Handelsverwaltungsabteilung ist es keinem Individuum (einschl. Unternehmungen durch private Zusammenschlüsse) gestattet, Produkte zu verkaufen. Händler mit entsprechenden Genehmigungen dürfen kleine Waren für den täglichen Gebrauch in Übereinstimmung mit den Bestimmungen verkaufen.

Unter der Voraussetzung, daß die staatlichen Ablieferungsbestimmungen eingehalten und die Produktionsverträge erfüllt worden sind, dürfen die Staatsgüter, die Forstwirtschaftszentren, die Viehhaltungs- und Fischereibetriebe ihre Überschußprodukte auf eigenen Absatzwegen verkaufen.

Wenn Staatsorgane und -organisationen, Truppenteile, Schulen, Betriebe und Institutionen ländliche und Nebenerwerbsprodukte von den ländlichen Kommunen und den Bauernmärkten kaufen wollen, so bedarf es hierzu der Zustimmung der Industrie- und Handelsverwaltungsabteilungen.

Ländliche Kommunen und Kollektive dürfen überschüssige Acker- und Nebenerwerbserzeugnisse der Kategorien 2 und 3 erzeugen - nachdem sie die staatlichen Ablieferungspflichten

und die Ablieferungsverträge erfüllt haben -, aber sie dürfen nicht Agrarerzeugnisse der Kategorie 1 verkaufen.

Unter der Voraussetzung, daß die Erfüllung der staatlichen Ablieferungsverpflichtungen nicht behindert werden, dürfen Kommunemitglieder, sofern sie die Zustimmung ihrer Produktionsgruppen haben, im Rahmen der menschlichen Stärke - auf der Schulter tragen, in der Hand tragen, ziehen und auf Fahrräder laden - Agrar- und Nebenerwerbsprodukte verkaufen. Keinem Individuum ist es gestattet, Motorfahrzeuge, Traktoren, Motorboote und andere große Transportmittel zu kaufen, um Waren zum Verkauf zu transportieren.

Folgende Aktivitäten werden in der Direktive als Spekulation und Profitmacherei aufgezählt: Preise erhöhen, sich auf den Kauf von Gütern und Materialien stürzen, die der Staat kaufen will, und dadurch die staatlichen Ankaufpläne stören; illegale Erzeugnisse von Einzelhandelsgeschäften des Staates oder von Absatzgenossenschaften kaufen, deren Preise erhöhen und sie dann wieder verkaufen; Dinge wiederverkaufen und einen privaten Großhandel betreiben; als Makler auf dem Schwarzen Markt arbeiten und so riesige Profite einstecken; mit Anteilsscheinen spekulieren und versuchen, Gewinne dadurch zu erzielen, daß man auf illegale Weise Güter an andere verkauft; Betrug bei Handelstransaktionen; Hortung und Zurückhaltung von Waren, um so die Preise künstlich zu erhöhen; der Wiederverkauf von Karten und Anteilsscheinen für Güter, die der planmäßigen Verteilung (Rationierung) unterliegen, ebenfalls Bank- Wertpapiere; Gold, Silber, ausländisches Geld, Juwelen, kulturelle Relikte, ausländische Erzeugnisse und kostbare medizinische Kräuter mit Gewinn wiederverkaufen... Weiterhin werden hier die verschiedensten Betrugsmanöver mit gefälschten Rechnungen, falschen Materialien und vorgetäuschten Dienstleistungen genannt (XNA, 15.1.81).

Diese Maßnahme seitens des Staates war zu erwarten. Zu viele neue Formen der privaten Geschäftstätigkeit waren in den letzten Monaten legalisiert worden, so daß parallel dazu ebensoviele Formen halblegaler Geschäftstätigkeit auftauchten, die Beijing nicht dulden will. Das ZK liefert in der Volkszeitung eine Beschreibung derjenigen Situationen, die solche Maßnahmen erfordert haben:

"Wir müssen sehen, daß in einigen Gegenden gegenwärtig der Markt ziemlich chaotisch ist und daß Spekulation und Schmutzgel sich ganz zügellos geben... Spekulanten beeilen sich - indem sie höhere Preise bieten -, Waren aufzukaufen, die eigentlich vom Staat gekauft werden sollten. Dadurch vereiteln sie die staatlichen Aufkaufpläne. Sie spekulieren auf das Steigen und Fallen der Preise und auf Gewinne durch Zwischenhandel. Sie treiben die Preise dadurch hoch, daß sie Waren horten und Spekulationsringe auf dem Markt aufziehen; sie entziehen sich ihren Zollverpflichtungen und verkaufen ausländische Waren mit Gewinn weiter; sie verkaufen verfälschte Waren als Originale und täuschen die Massen. All dieses kann auf gar keinen Fall toleriert werden. Es sollte darauf hingewiesen werden, daß diese spekulativen Aktivitäten einen beträchtlich hohen Prozentsatz der staatlichen und kollektiven Betriebe, Institutionen und derjenigen Leute umfassen, die im Staatsdienst stehen, einschließlich Beamten und Arbeitern. Im heimlichen Einverständnis mit den Spekulanten in der Gesellschaft verkaufen oder stellen einige von ihnen Bestätigungen, Quittungen oder Verträge ihrer Einheiten aus; einige verschaffen den Spekulanten Bankkonten, Schecks oder Bargeld, indem sie eine "Managementgebühr", eine Dienstleistungsabgabe oder eine Kommission usw. kassieren; einige gewähren Vergünstigungen, akzeptieren Bestechungsgelder, wälzen sich mit den Spekulanten im Schlamm und teilen mit ihnen die Beute."

"Es gibt alle möglichen Arten von falschen Ansichten in der Gesellschaft. Z.B. wird die Ausweitung der betrieblichen Selbstbestimmungsrechte so interpretiert, daß jeder von ihnen das Recht hätte, seinen eigenen Weg zu gehen und das zu tun, was ihm selber als richtig dünkt... In ihren geschäftlichen Aktivitäten kümmern sich einzelne Einheiten nur um ihre eigenen Interessen; um mehr Geld zu verdienen und um ihrer Belegschaft größere Prämien zu bezahlen, haben sie willkürlich die Preise ihrer Erzeugnisse erhöht, und die Erzeugnisse anderer Fabriken werden illegal mit Gewinn wiederverkauft. Einige Leute predigen offen: 'Solange es im Interesse des Kollektivs liegt, ist alles, was du tust, gerechtfertigt'; 'Ein staatlicher Betrieb kann alles tun, was er will' und 'Du kannst alles machen außer Stehlen, Rauben und Unterschlagen'."

"Dadurch, daß die Produktionsmittel ebenfalls auf dem Markt gehandelt werden, daß die Industrieabteilungen einen Teil ihrer Erzeugnisse selbst vermarkten können und daß eine große Anzahl der Kommunen, Brigaden und Nachbarschaftsbetriebe ihre eigenen Produkte verkaufen, ist das Monopol der Vermarktung durch die Handelsabteilungen, das lange Zeit bestanden hat, gebrochen. Aber in einigen Gegenden sind die Zirkulationskanäle noch nicht ganz offen... Genau aufgrund dieser Situation ist eine Anzahl von Maklern auf dem Schwarzen Markt aufgetaucht, um aus dieser Situation Vorteile zu ziehen und um sich mit Spekulation und Profitsucherei zu beschäftigen."

Der Artikel der Volkszeitung schließt mit der Mahnung, daß man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten dürfe: "Die Stärkung der Marktverwaltung und der Kampf gegen die Spekulation bedeuten natürlich nicht, den Markt unter eine rigide Kontrolle zu stellen; sie sollen den Markt weiter kräftigen. Wir müssen uns unserer Erfahrungen und Lehren aus der Vergangenheit erinnern. Wir dürfen nicht...", und jetzt kommt eine Aufzählung all der kleinen wirtschaftlichen Freiheitsrechte, die die staatlichen Betriebe und die landwirtschaftlichen Kommunen sowie die Einzelbauern errungen haben, "...wir dürfen also alle diese Rechte nicht einschränken." "Während wir die ungesetzlichen Aktivitäten beschneiden und gegen Spekulation kämpfen, müssen wir die legitimen Handlungen schützen" (RMRB, 12.1.81).

Und dennoch: Trotz der am Ende dieses Artikels und ebenfalls in den anderen Berichterstattungen der chinesischen Presse über den Kampf gegen das Spekulantentum hervorgehobenen Notwendigkeit, die errungenen Lockerungen des chinesischen Wirtschaftssystems nicht ebenfalls einzuschränken, bleibt dieser Eindruck bestehen. Hier wird mit dem großen Knüttel des Kampfes und der juristischen Verfolgung von (angeblichem) Spekulantentum und Profitsucherei gedroht. Bei den vielen ungelösten Problemen des chinesischen bürokratischen Wirtschaftssystems ist dies sicherlich kein Nährboden, Experimente in Richtung auf weitere Lockerung zu fördern. Im Gegenteil - alles, was nicht ausdrücklich erlaubt ist, bleibt erst einmal verboten und fällt unter das Verdikt von Spekulation und Profitsucht.

-ga-

(56) "Krieg" gegen Preiserhöhungen

Seit dem am 7. Dezember 1980 erlassenen Zirkular des Staatsrates führt China einen "Krieg" gegen Preiserhöhungen. Das Preisniveau soll auf dem gegenwärtigen Stand gehalten werden. Explizit wird betont, daß es nicht um Preissenkungen gehe. "Falls die Preise gesenkt würden, müßte das Warenangebot auf dem Markt erhöht werden, um die umlaufende überschüssige Geldmenge aufzunehmen" (RMRB, 10.1.81).

Dies ist der zweite Leitartikel der Beijinger Volkszeitung, der sich mit dem verstärkten Bemühen um Preisstabilität in China beschäftigt. Zusätzlich wird auf lokaler Ebene eine breite Kampagne zur Preiskontrolle durchgeführt.

Es wird davon berichtet, daß sich einzelne Unternehmen, denen eine Preiserhöhung von dem ihnen übergeordneten Preisbüro verweigert wurde, an die nächsthöhere Instanz gewendet hätten. Diese hätte dann dem höheren Preis zugestimmt. Im Ergebnis habe es allerdings dann zwei voneinander abweichende Festpreise für ein und dasselbe Produkt gegeben. Dies bedeute Unruhe auf dem Markt.

Wiederholt wird darauf hingewiesen, daß die nur mit einem Bezugsschein erhältlichen Industrieerzeugnisse nicht frei gehandelt werden dürften, ebenso wie alle ausländischen Erzeugnisse. Alle Straßenhändler müßten sich registrieren lassen. In Frage kämen hierfür jedoch nur entsprechend befähigte Arbeitslose mit festem Wohnsitz in der entsprechenden Gemeinde. Kader, Angestellte, Arbeiter, Studenten und Pensionäre dürfen sich nicht im Bereich des Wandergewerbes betätigen (RMRB, 5.1.81; Shanghai Radio, 19.12.80, zit. nach SWB, 12.1.81).

-ga-

(57) Neujahrsartikel ruft angesichts der Wirtschaftsprobleme zu mehr Fleiß und Sparsamkeit auf

Das Organ des Zentralkomitees der KP Chinas, die Volkszeitung, hat am 1. Januar 1981 einen Leitartikel ("Auf der Grundlage der Stabilität und Einheit die gewaltige Aufgabe der Sanierung der Volkswirtschaft erfüllen") veröffentlicht, in dem dazu aufgefordert wird, angesichts der großen Wirtschaftsprobleme mehr Fleiß und Sparsamkeit an den Tag zu legen und sich auf die kommunistischen Ideale zurückzubedenken. Die Volkszeitung nannte drei Wirtschaftsprobleme, die unbedingt gelöst werden müßten, wenn es nicht zu einem erneuten Rückschlag kommen sollte: das zu große Finanzdefizit, die übermäßige Ausgabe von Banknoten und die ständigen Preissteigerungen. Die Ursachen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten lägen in der "linken" Wirtschaftspolitik auch nach dem Sturz der "Viererbande" i.J. 1976. 1977 und 1978 habe man zu viele Anlagen importiert, die die tatsächlichen Bedürfnisse und Möglichkeiten weit überstiegen hätten. Dies habe nicht nur zu einer Verschärfung der bereits bestehenden volkswirtschaftlichen Disproportionalitäten (z.B. das Verhältnis der Investitionen in den produktiven und nichtproduktiven Sektoren; Energie-, Rohstoff- und Transportlücken bei vorhandenen Produktionskapazitäten), sondern auch zu einer Vergrößerung der finanziellen Schwierigkeiten geführt. Auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees der KPCh im Dezember 1978 sei zwar ein Sanierungskurs für die Wirtschaft beschlossen worden, doch in den folgenden zwei Jahren habe man sich nicht daran gehalten. So sei das Konsumtionsniveau der Bevölkerung zwar erhöht worden, doch man habe es gleichzeitig unterlassen, den Umfang der Investitionen zu reduzieren. Dies habe dann dazu geführt, daß das Investitions- und Konsumtionsvolumen das Nationaleinkommen überstiegen und die staatlichen Ausgaben höher waren als die Einnahmen. Das Ungleichgewicht zwischen staatlichen Einnahmen und Ausgaben habe dann wiederum zu einer verstärkten Emission von Banknoten geführt, was schließlich die Inflation bzw. die Preiserhöhungen i.J. 1980 zur Folge gehabt hätten.

Um die angesprochenen Wirtschaftsprobleme zu beseitigen, ist es nach Auffassung des Leitartiklers der Volkszeitung unumgänglich, das bereits im Dezember 1978 beschlossene Wirt-

schaftssanierungsprogramm nun endlich zu verwirklichen. Drei Sanierungsmaßnahmen wurden genannt:

1. radikale Kürzung der Investitionen in den schwerindustriellen Sektoren;
2. Senkung der Verwaltungskosten;
3. bessere Nutzung der vorhandenen Produktionskapazitäten.

Eine rasche Lösung der wirtschaftlichen Probleme ist dem Leitartikel zufolge nicht in Sicht: Wunder über Nacht seien nicht zu erwarten. Die folgende Argumentation des Leitartiklers läßt sogar den Schluß zu, daß dem chinesischen Volk erneut ein materielles Opfer abverlangt werden soll, um die teilweise dilettantischen Fehler der kommunistischen Partei- und Staatsführung im Wirtschaftsbereich (z.B. der Bau des Baoshan-Stahlwerks bei Shanghai) auszubügeln. So wird zu Rückbesinnung auf kommunistische Ideale, Moral und Disziplin, auf den revolutionären Geist von Yan'an und auf den Pioniergeist der ersten Jahre der VR China aufgerufen. Das chinesische Volk solle nicht nur nach einer hohen materiellen Zivilisation (wuzhi wenming), sondern auch nach einer hohen geistigen Zivilisation (jingshen wenming) kommunistischer Ausrichtung streben und mit Fleiß, Sparsamkeit und hartem Kampf zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten beitragen - Parolen, die man schon während der MaoÄra zur Genüge gehört hat und die nur dann auf fruchtbaren Boden fallen werden, wenn der Bevölkerung sichtbar gemacht wird, daß auch die Partei- und Staatsführung bereit und fähig ist, mit dem vom Volk erwirtschafteten Mehrprodukt sparsamer als bisher umzugehen.

Darüber hinaus betonte der Neujahrsleitartikel der Volkszeitung, daß für die Lösung der Wirtschaftsprobleme eine weitere Stärkung und Verbesserung der Führung durch die kommunistische Partei Chinas unumgänglich sei. Darüber hinaus müsse an den "Vier grundlegenden Prinzipien" (Festhalten am sozialistischen Weg, an der Diktatur des Proletariats, an der Führung durch die Partei und am Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen) festgehalten werden. Im Interesse der künftigen Entwicklung müßten "Ultraindividualismus" und "Anarchismus" entschieden bekämpft werden.

Der Neujahrsleitartikel der Volkszeitung spiegelt offensichtlich die wesentlichen Beschlüsse der Arbeitskonferenz des Zentralkomitees vom Dezember 1980 wider (siehe die entsprechende Übersicht in diesem Heft). Er kündigt neben bereits vor zwei Jahren beschlossenen Wirtschaftssanierungsmaßnahmen Mehrarbeit für das Volk und eine schärfere Gangart gegen Kritiker des gegenwärtigen Kurses an. Von Demokratie war in dem Leitartikel der Volkszeitung zum Jahresbeginn nicht die Rede.

-sch-

(58) Hervorhebung der Sanierung gegenüber der Wirtschaftsreform bedeutet keine Änderung der Wirtschaftspolitik

Die seit Dezember 1980 immer wieder betonte Wichtigkeit der Sanierung der chinesischen Wirtschaft gegenüber der Reform der Wirtschaftsordnung bedeutet nach Angaben der Volkszeitung vom 18. Januar 1981 keine Änderung der Wirtschaftspolitik. Weiterhin sei die vom 3. Plenum des XI. ZK eingeleitete Wende in Beijings Wirtschaftspolitik gültig. Die Bedeutung dieser ZK-Tagung wird sogar in dem Artikel hervorgehoben. Sie habe eine große Wende in der Parteigeschichte eingeleitet: "Nur weil das 3. Plenum abgehalten wurde, war es möglich, daß der Schwerpunkt der gesamten Parteiarbeit neu be-

stimmt wurde, war es möglich, daß die Politik der 'Regulierung, Reform, Konsolidierung und Niveauehebung' durchgesetzt wurde."

"Die Leitlinien der Sanierung und der Reform wurden beide vom 3.Plenum des XI.ZK beschlossen. Der allgemeine Zweck sowohl der Sanierung als auch der Reform ist identisch. In der praktischen Anwendung kann die eine Richtlinie jedoch die andere ergänzen oder auch ihr widersprechen. Deshalb muß die Reform der Sanierung untergeordnet werden. Sie muß die Sanierung fördern und nicht behindern... Jede Art von Reform, die der Sanierung der Wirtschaft förderlich ist, sollte fortgesetzt werden, während alles das, was der Sanierung widerspricht, eingestellt werden sollte. Allgemein gesagt sollten die Reformmaßnahmen während eines Zeitraums, in dem auf die Sanierung das Hauptgewicht gelegt wird, etwas verlangsamt werden. Das bedeutet jedoch keine Änderung in der allgemeinen Zielrichtung."

Und jetzt versucht die Volkszeitung, die schmale Gratwanderung zwischen einer verstärkten Zentralisierung und der ebenfalls aufrecht zu erhaltenden Belegung und Motivation der unteren Ebenen zu beschreiben: "Um die Sanierung der Volkswirtschaft zu erreichen, ist es notwendig, die zentrale und einheitliche Führung durch die Partei und den Staat zu stärken. Die Geschichte beweist, daß es notwendig ist, Zentralisation zu haben, besonders Zentralisation und Einheit der Zentrale, um Schwierigkeiten zu überwinden. Die Betonung der Zentralisation und der Einheit bedeutet jedoch auf gar keinen Fall eine Rückkehr zu den alten Methoden. Unter Zentralisation und Einheit verstehen wir, einen hohen Grad hiervon bei der Entscheidungsfindung über große Sanierungsmaßnahmen zu haben, um die passive Haltung der Volkswirtschaft zu beenden und die einheitlichen Befehle der Zentrale zu befolgen. Das heißt nicht, daß alles und jedes unter zentralisierte Kontrolle gestellt wird, so daß man dadurch wieder die Dinge unflexibel macht. Es ist weiterhin notwendig, mit der Wiederbelegung der Wirtschaft fortzufahren und die Begeisterung der örtlichen Ebenen der Unternehmungen und der Belegschaften anzufachen. Wogegen wir sind und was wir verhindern wollen, ist Blindheit - die spontane und zerstörerische Tendenz, nur die Interessen der eigenen Einheit und der eigenen Person auf Kosten der Interessen des Staates und des Volkes zu berücksichtigen. Die adäquate Begeisterung und Initiative der lokalen Ebenen der Basiseinheiten und der Massen sollte nicht zurückgewiesen, sondern geschützt und ermutigt werden."

Die Volkszeitung wendet sich dagegen, die jetzt vorgenommene Änderung der Politik so zu benennen: "Weil die Prinzipien und die Politik, die seit dem 3.Plenum gültig sind, nicht geändert worden sind, warum meinen dann einige Leute, daß sie 'geändert worden sind' oder 'geändert werden'!? Dies sei nicht nur ein falsches Verständnis der Politik der Partei, sondern rühre auch von potentiellen Unruhestiftern her."

Dies ist die veröffentlichte Meinung des ZK, seine Lesart der Dinge. Anders sieht es z.B. die Liaoning Tageszeitung. Sie schreibt in ihrer Ausgabe vom 12.Januar 1981: "Als eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik betrifft die Sanierung die gesamte Situation und alle Bereiche... Wir sollten fest dem Dezentralismus, der bedeutet, daß jeder seinen eigenen Weg geht, entgegnetreten und uns selbstsüchtigem Branchenegoismus widersetzen, der bedeutet, daß jeder nur an sein eigenes Geschäft denkt" (zit. nach SWB, 21.1.81).

Wie wenig bislang der Sanierungsprozeß der chinesischen Wirtschaft wirklich gebracht hat, läßt sich aus der Aussage Chen Yuns entnehmen. Er hatte diesen Prozeß so negativ ein-

geschätzt, daß man eigentlich sagen müsse, daß die Sanierung erst 1981 wirklich anfangen (zit. nach DGB, 1.1.81).

-ga-

(59) ZK der KPCh ließ Polen-Studie anfertigen

Die Hongkonger KPCh-orientierte Zeitschrift Jingbao berichtet in ihrer Ausgabe vom 10.Februar 1981, daß das Zentralkomitee der KPCh unlängst eine Studie über die wirtschaftliche Situation Polens vor der Streikwelle der polnischen Arbeiter in Auftrag gegeben hat. Die Studie, die mittlerweile fertiggestellt wurde, sei von einem sehr renommierten Forschungsinstitut erstellt worden - wahrscheinlich von der Akademie der Sozialwissenschaften, die den Braintrust der Deng-Administration darstellt. Die Studie, in der auch ein Vergleich der wirtschaftlichen Situation Polens mit der Chinas vorgenommen wird, kommt - der Zeitschrift Jingbao zufolge - zu dem Schluß, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Situation der Volksrepublik China erheblich schlechter sei als die wirtschaftliche Situation Polens vor der dortigen Streikwelle. So habe die Inflationsrate in Polen zwischen 10 und 20 Prozent gelegen, während sie in China das Dreifache dessen betrage.

Die Zeitschrift Jingbao äußerte allerdings die Ansicht, daß es in China nicht zu polnischen Zuständen kommen werde, da das chinesische Volk geduldig sei und viel ertragen könne. Angesichts der politischen Wechselbäder der letzten dreißig Jahre, die größtenteils negative Folgen für den Lebensstandard des chinesischen Volkes hatten, muß man sich allerdings fragen, ob es mit der so beschworenen Geduld der Chinesen nicht auch einmal ein Ende hat.

-sch-

(60) Sinkender Reallohn in den Städten

Die Hongkonger KPCh-orientierte Zeitschrift Jingbao berichtet in ihrer Ausgabe vom 10.Februar 1981, daß sich die Preise für Lebensmittel und andere tägliche Gebrauchsgüter teilweise sogar verdoppelt hätten. Die Lohnsteigerungen und Lohnzulagen für die städtischen Arbeiter und Angestellten könnten bereits nicht mehr die enormen Preissteigerungen kompensieren.

Im Gegensatz zu den Stadtbewohnern sind die chinesischen Bauern offenbar weniger von der Inflation betroffen. Sie beziehen einen Großteil ihrer Lebensmittel aus der eigenen Produktion und können darüber hinaus die überschüssigen Eigenenerzeugnisse auf den Privatmärkten verkaufen, auf denen sie höhere Preise erzielen können als bei den staatlichen Ankaufstellen (vgl. C.a., Dezember 1981, 0 58, 59 und 60).

-sch-

(61) Arbeiter fordern unabhängige Gewerkschaften, Studenten wollen unabhängige Verbände

Arbeiter und Studenten in der Provinz Hubei haben versucht, von der KPCh unabhängige Interessenverbände zu gründen - dies soll die in der Provinzhauptstadt Wuhan erscheinende Tageszeitung "Yangzi" berichtet haben (nach Reuter, 30.1.81; nach FAZ, 31.1.81). In einem Leitartikel schrieb die Zeitung u.a.: "Eine extrem kleine Minderheit... versucht, die Führung der Partei abzuschütteln und freie Gewerkschaften und unabhängige Studentenverbände zu errichten" (ebenda). Auch die Zeitung "Hubei Ribao" verurteilte am 21.Januar 1981 "einige wenige Unruhestifter", die versucht hätten, "sich von der Führung durch die Partei zu lösen, und sich sogar öf-

fentlich der Führung durch die Partei widersetzt haben" (Radio Hubei, 21.1.81, nach SWB, 10.2.81).

Der Wunsch von Arbeitern und Studenten, sich in von der KPCh unabhängigen Interessenverbänden zu organisieren, scheint offenbar nicht auf die Provinz Hubei beschränkt zu sein: So veröffentlichten die Zeitungen "Renmin Ribao" (Volkszeitung) und "Gongren Ribao" (Arbeiter-Tageszeitung) am 15. Januar 1981 Leitartikel, in denen erklärt wurde, daß die Gewerkschaften unbedingt die Führung durch die KPCh anerkennen müßten. Gegen all jene, die versuchten, die Führung der Kommunistischen Partei über die Gewerkschaften zu schwächen oder gänzlich abzulehnen, müsse mit allen Mitteln gekämpft werden. Die Aufrechterhaltung der Führung der Partei über die Gewerkschaften war auch ein Thema einer nationalen Konferenz über gewerkschaftliche Basisarbeit, die vom 25. Dezember 1980 bis zum 8. Januar 1981 in Beijing stattfand. Die gewerkschaftlichen Basiskader wurden u.a. aufgefordert, unter der Arbeiterschaft mehr ideologisch-politische Arbeit im Sinne der Beschlüsse der ZK-Arbeitstagung vom Dezember 1980 zu leisten. Bezeichnenderweise war auch die Rede von ZK-Sekretär Song Renqiong auf dieser Gewerkschaftstagung der Stärkung der Führung der KPCh über die Gewerkschaften gewidmet (Xinhua, 14.1.81, nach SWB, 20.1.81).

Bei den Arbeitern, die unabhängige Gewerkschaften verlangen, scheint es sich größtenteils um Jungarbeiter mit einem gewissen intellektuellen Hintergrund zu handeln. Viele Jungarbeiter in den Städten sind Absolventen der Oberstufe der Mittelschule, die keine Chance hatten, eine Universität zu besuchen. Ein großer Teil der von der Parteiführung als "bürgerlich" bezeichneten Oppositionellen, die 1979 auf Wandzeitungen und in selbstgemachten Zeitschriften mehr Demokratie forderten, rekrutierte sich aus dieser intellektuellen Jungarbeiterschicht. Für das Verlangen von Arbeitern und Studenten nach unabhängigen Interessenverbänden mögen u.a. folgende Gründe maßgeblich sein:

1. Materielle Unzufriedenheit bzw. Unzufriedenheit über die KPCh-Gewerkschaften, weil diese in erster Linie die politischen Interessen der KPCh und weniger die Forderungen der Arbeiterschaft, u.a. die Forderung nach Ausgleich der Preissteigerungen durch Lohnerhöhungen, vertreten.
2. Allgemeine Unzufriedenheit mit der KPCh (Stichwort "Vertrauenskrise").
3. Unzufriedenheit darüber, daß die versprochenen demokratischen Wahlen zu den Volkskongressen und Belegschaftsvertretungen offenbar nach wie vor von den KPCh-Organen dominiert oder sogar manipuliert werden.
4. Der Einfluß der Entwicklung in Polen, über die zunächst sehr ausführlich in den chinesischen Massenmedien berichtet wurde.

-sch-

(62) Zunehmende Streikbereitschaft in China?

Nach Auskunft eines "hochrangigen Beamten" gegenüber dem Korrespondenten der "Asahi Shimbun", den dieser als "äußerst zuverlässige Quelle" einstuft, haben in letzter Zeit in verschiedenen Teilen Chinas Streiks zugenommen. Hauptursachen der Arbeitsniederlegungen waren steigende Inflation, schlechte Wohnbedingungen, aber auch Forderungen nach Ausweitung der demokratischen Rechte (!); Ministerpräsident Zhao Ziyang soll bereits gefordert haben, daß sich die Arbeiter in ihren Ausständen "mäßigen" und "Selbstbeschränkung" beim Gebrauch des Streikrechts üben. Die RMRB begann eine Kampagne mit der Aufforderung an die Gewerkschaften, die ideologische Arbeit zu verstärken. Sie müßten es sich

zur Aufgabe machen, unzufriedene Elemente, die "innere Unruhen anstreben", auszuschalten. Nach derselben Quelle waren Streikursachen nicht nur Lohnforderungen, sondern auch Widerstand gegen die Wahl von Unternehmensleitern und vor allem Unzufriedenheit mit den Betriebswohnungen. Der Informant vermied es, genaue Auskünfte über die Orte zu geben, wo Streiks stattfanden, nannte aber als Beispiele Shanghai, Sichuan, Shaanxi, Heilongjiang. Die Parteiführung betrachtet diese Entwicklungen mit größter Sorge; so wird z.B. die gesamte Berichterstattung über die Vorgänge in Polen so gering wie möglich gehalten, um die Vorbildwirkung abzuschwächen (AS, 17.1.1981, S.1).

-p-

(63) Womit sind die Bauern unzufrieden?

Die "Shaanxi-Bauernzeitung" veröffentlichte im Oktober 1980 einen Fragebogen, der sich an landwirtschaftliche Produktionsgruppen richtete. Er hatte die Sorgen und Nöte der Bauern zum Inhalt. Bis Ende 1980 erhielt die Redaktion 1.347 ausgefüllte Fragebogen von den Bauern zurück, dazu eine Vielzahl von Briefen von Basiskadern, Armeeingehörigen und Arbeitern. Die Redaktion faßte die dort genannten Probleme zu zehn Komplexen zusammen:

"1. Bei einigen Produktionsgruppen sind die Produktionsverantwortlichkeitssysteme noch nicht angewendet worden. Viele essen weiterhin aus dem großen Topf...

2. Oberall haben die Bauern Angst, daß die gegenwärtige Politik sich ändert. Konkret haben sie davor Angst, daß die gegenwärtig schon angewendeten Verantwortlichkeitssysteme alle weggefegt werden. Einige Kader sind sehr besorgt und treffen über diese Frage keine konkreten Aussagen. Die Bauern sind sogar noch unruhiger.

3. Der Arbeitsstil von wenigen Kadern ist nicht demokratisch. Sie setzen ihr Herumkommandieren fort, verletzen die Parteidisziplin und die staatlichen Gesetze und schlagen und mißbrauchen sogar Bauern. Einige Kommunen und Produktionsbrigaden beachten die Entscheidungsrechte der Produktionsgruppen überhaupt nicht...

4. Es gibt Schwierigkeiten mit der Wohnungssituation der Bauern. Die Bauern waren in der Lage, in den letzten Jahren etwas Geld zur Seite zu legen, und das erste, was sie tun wollten, war, ihre alten Häuser durch neue zu ersetzen; da die Bevölkerung gewachsen ist, können sie wirklich nicht mehr in ihren alten Häusern weiterleben. Die Kommunen und Brigaden haben aber diese Frage überhaupt noch nicht auf die Tagesordnung gesetzt und noch viel weniger haben sie Pläne und Verfahren entwickelt.

5. Für junge Bauern ist es schwierig, Bräute zu finden. In einigen Gegenden sind junge Mädchen nur daran interessiert, in Familien hineinzueheiraten, die viel Geld haben. Viele Familien sind dadurch, daß sie eine Schwiegertochter erlangt haben, arm geworden.

6. Die Leute nehmen Schaden durch feudalen Aberglauben, Glücksspiel und Schwindlertum.

7. Kleindiebstähle sind sehr schwerwiegend. Bei jeder Erntezeit gehen Leute herum und machen das, und den Kadern gelingt es nicht, sie strikt zu kontrollieren.

8. Es gibt viel Geschäftemacherei. Die Leute tendieren dazu, lieber diejenigen Haushalte mit vielen jungen Leuten zu beschäftigen, wenn sie etwas getan haben wollen. Die Alten,

die Schwachen und die Frauen bekommen oft den schlechtesten Anteil.

9. Dorfschulen und Lehrer können nicht den Respekt der Leute gewinnen. Das dörfliche Kulturleben ist armselig.

10. Viele junge Leute respektieren nicht ihre Eltern." ("Shaanxi-Bauernzeitung", 7.1.81, zit. nach SWB, 10.1.81)
-ga-

(64) Schwierigkeiten bei der Durchsetzung des neuen Kurses auf dem Lande

Berichtet wird von dem Parteikomitee der Präfektur Huimin in der Provinz Shandong, das ein Untersuchungsverfahren gegen die ihm unterstellte Xinfa-Kommune im Kreis Yangxin eingeleitet hat. Der Kommune wird zur Last gelegt, gewaltsam Acker- und Weideland einer Produktionsbrigade beschlagnahmt und sogar die beiden Leiter der Brigade verhaftet zu haben.

Seit 1976 seien die egalitären Tendenzen in der Xinfa-Kommune immer weiter verstärkt worden. Man sei daran gegangen, vorfristig Eigentum in eine höhere Form zu übertragen. Gewaltsam hätte die Kommune Ackerland, Weideland, Wald und Ödlandgebiete der Produktionsbrigade besetzt und beschlagnahmt. Insgesamt seien dies 2.000 mu Ackerland und 200 mu Weideland gewesen. Zusammengenommen hätte die Kommune ein Drittel der kultivierten Fläche der Brigade weggenommen und diese sei daraufhin in Ernährungsschwierigkeiten gekommen. Früher sei sie eine der wenigen reichen Brigaden unterhalb dieser Kommune gewesen, in den letzten Jahren hätte sie auf Getreidezukäufe und Sozialhilfe seitens des Staates sich stützen müssen.

Seit den Beschlüssen der Parteizentrale im Dezember 1978, die eine Erleichterung des Schicksals der Bauern zum Zwecke hatten, habe die Brigade die Kommune mehrmals gebeten, doch die Parteipolitik anzuwenden und ihr ihre Ländereien zurückzugeben. Jedoch seien alle diese Anträge auf taube Ohren gestoßen. Daraufhin habe die Brigade zwei ihrer Mitglieder ausgewählt, um das Anliegen selber vorzutragen. Diese hätten jedoch aus Furcht erst einmal nicht gehandelt und lieber darauf gewartet, daß die Kommune es von selber täte. Drei Jahre seien so ins Land gegangen und die Lebenssituation sei immer schlechter geworden. Da man in diesem Frühjahr (1980) kein Geld gehabt habe, um Setzlinge zu kaufen, habe man 1.400 Setzlinge von Landstücken ausgegraben, die von der Kommune beschlagnahmt worden waren. Die Kommune faßte diese Handlung als Diebstahl auf und inhaftierte den Parteisekretär der Brigade.

Die Dinge kamen erst ins Rollen, als die Kommune keine Ruhe gab und zusammen mit sechs anderen Brigademitgliedern einen Brief an übergeordnete Partei- und Staatsorgane verfaßte. Diese leitete eine Untersuchung ein und stellte fest, daß die verschiedensten Verstöße der Kommune gesetzwidrig seien. Sie muß die Ländereien zurückgeben und die Inhaftierten freilassen (Shandong- Provinzradio, 18.9.80, zit. nach SWB, 25.9.80).
-ga-

(65) Zuwenig Brennmaterial für Chinas Bauern

Von Chinas 800 Millionen auf dem Lande lebenden Bürgern leiden 500 Millionen an einer akuten Brennmaterialknappheit, die auf drei bis fünf Monate pro Jahr veranschlagt wird. In den Provinzen mit den schlechtesten Bedingungen trifft diese Brennmaterialknappheit 70% der Bevölkerung, in der besten

Provinz 25%. Als Ergebnis dieser Mangelsituation ist das Verbrennen von Bäumen, Pflanzenstielen und Wurzeln, getrocknetem Dünger und sogar getrockneten Süßkartoffelchips weitverbreitet. Dies analysierten Wissenschaftler auf einem nationalen Symposium über Energiequellen, das in Beijing abgehalten wurde. Sie wiesen darauf hin, daß diese Situation nicht nur für die Bauern eine große Belastung darstelle, sondern ebenfalls umweltschädlich sei und aufgrund der oftmals geringen Heizwerte der verbrannten Materialien auch eine Vergeudung darstelle.

Die gegenwärtige Brennholzerzeugung Chinas sei ausreichend, um die ländlichen Gebiete zwei Monate lang mit Brennmaterialien zu versorgen. Deshalb, so wurde auf der Konferenz betont, sei eine Aufforstung des Landes dringend geboten. Von den geplanten 66 Mio.ha, die aufgeforstet werden sollen, müßten mindestens ein Fünftel für Brennzwecke zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus ginge es um die Nutzung von Biogas, kleinen Kohlegruben und heißen Quellen (XNA, 3.1.81).

-ga-

(66) Entwicklungsstand der chinesischen Zivilfluggesellschaft CAAC

Wie der Direktor der CAAC, Shen Tu, auf einer Pressekonferenz Ende Januar 1981 mitteilte, umfaßt das internationale und regionale Streckennetz der CAAC z.Zt. rund 90.000 km, das inländische 166 Linien mit zusammen 190.000 km Länge. Die Zahl der Flugzeuge wurde nicht angegeben. Innerhalb Chinas stünden aber 115 Flughäfen zur Verfügung, ebenso seien Ausbildungsstätten für die Beschäftigten, Anlagen zur Reparatur und Wartung von Flugzeugen sowie für Fernmelde-, Navigations- und meteorologische Zwecke eingerichtet worden. Die CAAC unterhält Geschäftsbeziehungen mit 180 Fluggesellschaften in aller Welt.

Der Service werde in Zukunft verbessert werden. Zwei Fachhochschulen und sechs Technische Schulen sollen eingerichtet und 160 Crewmitglieder zur Weiterbildung ins Ausland geschickt werden. Die erhöhten Benzinpreise sollen sich vorerst nicht auf die Passagierpreise niederschlagen.

Am 7.Januar wurde die neue Route zwischen China und den USA eröffnet. Damit unterhält die CAAC mit 17 Ländern sowie mit Hongkong Luftverkehrsverbindungen. 1981 sollen Abkommen mit Madagaskar, der Jemenitischen Arabischen Republik und Singapur geschlossen werden.

Auch auf dem Gebiet der Zivilflugzeugproduktion versucht China, langfristig auf eigene Beine zu kommen. In der Zwischenzeit wurde eine Maschine des Typs Yun-7 hergestellt, die z.Zt. im inländischen Flugverkehr erprobt wird. Eine andere chinesische Maschine des Typs Yun-10 befindet sich noch im Bau. Einstweilen müsse China hoch ausländische Flugzeuge einkaufen.

Shen Tu gab des weiteren bekannt, daß der Hongqiao-Flughafen in Shanghai und der Baiyun- Flughafen in Guangzhou jederzeit für "NotfallLandungen" von Zivilflugzeugen aus der Provinz Taiwan geöffnet seien (BRu 1981, Nr.5, S.7).

-we-

(67) Schweres Erdbeben in Sichuan

Mindestens 150 Tote und 300 Verletzte hat am 23./24.Januar 1981 ein schweres Erdbeben in der Provinz Sichuan gefordert. Das Epizentrum des Bebens, das auf der Richter-Skala eine

Stärke von 6,9 erreichte, lag im Kreis Dawu des Autonomen Bezirks Garze der tibetischen Nationalität, etwa 300 km westlich von der Provinzhauptstadt Chengdu entfernt. Die ca. 10.000 Einwohner zählende Kreishauptstadt Dawu wurde durch das Beben weitgehend zerstört, so daß die Anzahl der Toten und Verletzten möglicherweise höher als offiziell angegeben ist. Das Provinzparteikomitee und die Provinzregierung von Sichuan bildeten am 24. Januar 1981 ein Katastrophenhilfekomitee unter Vizegouverneur Qiao Zhimin, das vor Ort die Hilfsmaßnahmen koordinierte (Radio Sichuan, 24.1.81, nach SWB, 27.1.81). U.a. wurden 18 Ärzteteams in das hauptsächlich von tibetischen Hirten besiedelte Gebiet entsandt (Xinhua, 26.1.81, nach SWB, 30.1.81). Auch die lokalen VBA-Einheiten, deren Unterkünfte weitgehend zerstört wurden, nahmen an den Hilfsmaßnahmen teil und retteten u.a. mehrere Hundert Menschen aus eingestürzten Häusern (Xinhua und Radio Sichuan, 26.1.81, nach SWB, 30.1.81). Das ZK der KPCh und der Staatsrat entsandten am 26. Januar 1981 eine Delegation unter dem Minister für nationale Minderheiten, Vizepremier Yang Jingren, in das von dem Beben betroffene Gebiet (XNA, 26.1.81). In einem ersten Überblick über die Folgen des Erdbebens gab das Sichuaner Katastrophenhilfekomitee bekannt, daß von den 23 Volkskommunen des Kreises Garze 12 erhebliche Schäden erlitten hätten. In 6 Volkskommunen seien die meisten Gebäude zerstört worden (Radio Sichuan, 26.1.81, nach SWB, 30.1.81). Der Kreis Garze war bereits i.J. 1973 von einem Erdbeben betroffen worden.

-sch-

(68) China legt Staatsanleihen auf

Nach einer Meldung der "Beijing wen bao" vom 10.2.81 (zit. in AS, 12.2.81, S.9) plant China als Teilmaßnahme zur Sanierung des stark defizitären Staatshaushalts die Auflage von Staatsanleihen; beginnend mit Juli 1981 sollen diese Anleihen im Gesamtwert von 5 Mrd. Yuan ausgegeben werden (Stückelung nicht angegeben). Als Käuferkreis sind Staatsunternehmen, Kollektivunternehmen, Provinzregierungen, Organisationen, Militär, aber auch Einzelpersonen in Aussicht genommen; jeder "Kaufwillige wird akzeptiert", heißt es in der Meldung.

-p-

(69) Bruttowachstum der Industrie 1980: 8,4%

Nach vorläufigen Angaben über die Jahresergebnisse in der Industrieproduktion Chinas, die das Statistische Zentralamt am 7. Januar 1981 veröffentlichte, wuchs der Bruttowert der chinesischen Industrie um 8,4% auf 497,7 Mrd. Yuan. Die Leichtindustrie Chinas verzeichnete hierbei einen Zuwachs von 17,4%, die Schwerindustrie nur 1,6%. Damit wuchs das Beitragsverhältnis der chinesischen Leichtindustrie von 1979 mit 43,1% auf 1980 mit 46,7% am Gesamtbruttowert der Industrie. Im einzelnen wurden vom Statistischen Zentralamt folgende Angaben veröffentlicht:

Energieerzeugung: 297,1 Mrd.kWh (+5,4%)
 Rohöl: 105,91 Mio.t (-0,2%)
 Kohle: 605,98 Mio.t (-4,7%)
 Stahl: 37,04 Mio.t (+7,4%)
 Walzstahl: 27,24 Mio.t (+9,1%)
 Kunstdünger: 12,52 Mio.t (+17,5%)

Fernseheräte: 2,4 Mio. Stück (+83,8%)
 Radiogeräte: 28,7 Mio. Stück (+110%)
 Fahrräder: 12,99 Mio. Stück (+28,7%)
 Nähmaschinen: 7,66 Mio. Stück (+30,6%)
 Armbanduhren: 22,55 Mio. Stück (+28,6%)

Mit diesen bemerkenswerten Wachstumsziffern für langlebige Konsumgüter kommt in China jetzt nach Angaben des Statistischen Zentralamtes auf 140 Personen ein Fernsehgerät. China verfügt gegenwärtig über insgesamt 7 Mio. Fernsehgeräte. Es hat 118 Mio. Radiogeräte, je eins für 8 Leute; 95 Mio. Fahrräder, eins für 10 Leute; 45,7 Mio. Nähmaschinen, eine für 21 Leute; 127 Mio. Armbanduhren, eine für 8 Personen.

Die größte Industriestadt, Shanghai, verzeichnete eine Zunahme der Leichtindustrie von 11%, lag damit also unter dem nationalen Durchschnitt. Danach erhöhte sich das Beitragsverhältnis der Leichtindustrie in Shanghai 1980 auf 52,2% an der gesamten Industrieproduktion. Damit nahm erstmalig seit zehn Jahren die Leichtindustrie in Shanghai wieder einen größeren Platz ein als die Schwerindustrie (DGB, 15.1.81).

-ga-

(70) Geplante Energieerzeugung für 1981: 305 Mrd.kWh

Auf einer nationalen Konferenz über Energiefragen wurde veröffentlicht, daß China i.J. 1981 305 Mrd.kWh Energie erzeugen will. Dies ist gegenüber dem Planansatz für 1980 (290 Mrd.kWh) ein Zuwachs von 5%.

Von den gesamten staatlichen Investitionen sollen 9,1% in die Energieindustrie fließen. Die Hälfte hiervon soll für Wasserkraftprojekte verwendet werden. Energie aus Wasserkraft soll bis zum Ende des Jahrhunderts 25% des chinesischen Energieaufkommens ausmachen. Gegenwärtig beträgt diese Zahl 18%. 28,1% der gesamten Investitionen für die Energieindustrie soll für die Finanzierung neuer Projekte für Energieübertragung und -versorgung verwendet werden.

Hauptenergiebasis Chinas, das wurde auf der Konferenz erneut hervorgehoben, soll die kohlereiche Provinz Shanxi in Nordchina werden; sie wurde als Ruhrgebiet des Landes bezeichnet (DGB, 15.1.81 und XNA, 19.1.81).

-ga-

(71) Geringere Getreideerzeugung als 1979

Die chinesische Getreideerzeugung betrug 1980 15 Mio.t weniger als 1979 (332 Mio.t), aber 5 - 10 Mio.t mehr als 1978 (305 Mio.t). Trotz dieses durch schwere Naturkatastrophen verursachten Rückgangs der Getreideerzeugung in China erreichte das Land seine zweitbeste Getreideernte seit Gründung der Volksrepublik i.J. 1949.

Anhand der bisher veröffentlichten Zahl wurde der Rückgang der Getreideernte durch einen bedeutenden Anstieg anderer Agrarerzeugnisse ausgeglichen: Die Baumwollernte stieg um 10% gegenüber 1979 an, Ölsaaten um 500.000 t, die Zuckerernte um 10% und Seidenkokons um 14,6%. 1980 erntete das Land ebenfalls 13.000 t mehr Tee (DGB, 1.1.81).

Der Bezug auf die Getreideernten des Jahres 1978 (rund 305 Mio.t) und 1979 (332 Mio.t) ist widersprüchlich, denn 5-10 Mio.t mehr als 1978 würde eine Ernte von 310-315 Mio.t i.J. 1980 bedeuten, 10-15 Mio.t weniger als 1979 jedoch Zahlen von 317-322 Mio.t für 1980 bringen. Sinnvoll wird der Bezug auf die beiden vorhergehenden Jahre dann, wenn man für 1979 eine Getreideerzeugung von 325 Mio.t ansetzt - eine Zahl, die von der Volksrepublik genannt wurde, bevor das Statistische Zentralamt die jetzt offizielle Angabe für 1979 (nämlich 332 Mio.t) verbreitete. Es kann deshalb vermutet werden, daß die offizielle Angabe für 1979 überhöht war. Die

jetzt veröffentlichten Angaben beziehen sich implizit auf die effektive Ernte (vgl. dazu auch BFA/NFA, 6.1.81).

-ga-

(72) Gute Umsätze lassen Planverpflichtungen ansteigen

Der Wintermarkt, auf dem sich bislang Shanghais Bevölkerung ausreichend mit Bekleidung, Schuhen und Hüten, Textilien und Waren des täglichen Bedarfs eindecken konnte, blieb gegen Ende des Jahres 1980 erstaunlich unergiebig. Viele Geschäfte boten keine Waren an, obwohl eine starke Nachfrage nach ihnen herrschte. Die Bevölkerung erhielt als Antwort: "Für dieses Jahr haben wir keine Güter zu verkaufen, aber ihr könnt sicher sein, daß wir ein genügendes Angebot zum Neujahrstag haben."

Die Nachrichtenagentur "Neues China", die diese Geschichte berichtet, läßt einen "Insider" zur Begründung dieser Situation zu Worte kommen: "Unter dem gegenwärtigen Planungssystem für Handelsabteilungen wird die Planaufgabe für das nächstfolgende Jahr im Normalfall 15% über dem in diesem Jahr erzielten Umsatz festgelegt. D.h., je höher der Umsatz in diesem Jahr ist, umso höher wird die Planverpflichtung im kommenden Jahr sein. Darüber hinaus existiert für die zu verteilenden Prämien eine Obergrenze, die auch bei höherer Leistung nicht überschritten werden kann." Deshalb hätten viele Handelsbetriebe, nachdem sie ihre Planziele erfüllt und ihre Prämien eingestrichen hätten - und dies sei oft schon im Oktober der Fall gewesen -, mehr oder weniger ihre Geschäftstätigkeit eingestellt.

Vorgeschlagen wird in dem Beitrag, daß die Planziffern für mehrere Jahre festgeschrieben werden und daß es für diejenigen Geschäfte, die den Maximalumsatz erreicht haben, ein geändertes Prämienystem geben soll (XNA, 10.12.80).

-ga-

(73) Branchenegoismus behindert Sanierung

Branchenegoistisches und abteilungsegoistisches Denken behindert die Sanierung und Konsolidierung der Wirtschaft in Chinas größter Industriestadt, Shanghai. Es wird berichtet, daß der Gesamtoutputwert der Shanghaier Leichtindustrie in diesem Jahr rund 7 Mrd. Yuan betragen wird, wovon 1,8 Mrd. als Gewinn an den Staat abgeliefert werden. Eine weitere Entwicklung wird jedoch durch einen Mangel an Fabrikgebäuden und Arbeitsplätzen behindert. Gegenwärtig sind die 340 leichtindustriellen Fabriken in Shanghai über mehr als 1.100 Fertigungsstätten inmitten der Wohngebiete der Stadt verstreut. 70% der Fabrikgebäude sind mehr als 30 Jahre alt und in einem für die Sicherheit gefährlichen baulichen Zustand. Aufgrund dieser Knappheit können 7.200 Maschinen und Anlagen der Shanghaier Leichtindustrie-Abteilung nicht aufgestellt werden.

In dieser Abteilung für Leichtindustrie hofft man darauf, daß die metallurgische, die Maschinenbau- und die Landmaschinenbauindustrie, die im nächsten Jahr alle Produktionsquoten unterhalb ihrer Kapazität vorgeschrieben bekommen, der Leichtindustrie Gebäude übertragen, verpachten oder leihen. Schätzungen gehen davon aus, daß, wenn man 500.000 qm brauchbaren Fabrikgebäudes erhalten könnte, man in kürzester Zeit einen Gegenwert von 500.000 Yuan besonders benötigter Leichtindustrieerzeugnisse herstellen könnte. Bislang ist man jedoch bei den betreffenden Abteilungen der anderen Industriezweige noch nicht auf diesen Vorschlag eingegangen. Bislang - so wird berichtet - hätten die betreffenden Shang-

haier Industrieabteilungen noch keinen Plan für eine ökonomische Gewichtsverlagerung zwischen den Industrieabteilungen getroffen. Vierzig Neubauprojekte sind in Shanghai 1980 bislang eingestellt worden. Bei dreißig von ihnen sind die Gebäude schon fertiggestellt, dürfen aber von der Leichtindustrie aufgrund des kritisierten Abteilungs- und Branchenegoismus nicht genutzt werden (XNA, 29.12.80).

-ga-

(74) Belegschaftsaktien für Unternehmenserweiterung

Die Textilfabrik Nr.17 in Shanghai, die größte in China, verkauft Aktien an ihre Belegschaft, um damit Gemeinschaftsprojekte mit ländlichen Betrieben zu finanzieren.

Nur Arbeiter der Fabrik Nr.17 dürfen Aktien erwerben, und zwar auch nur maximal fünf Stück zu jeweils 50 Yuan. Die Anteile sind nicht übertragbar und müssen bei einem Ausscheiden des Arbeiters aus dem Betrieb wieder zurückverkauft werden. Es wird ein jährlicher Zins von 5,4% bezahlt - der gleiche, den Chinas Banken auch zahlen. Aber der Aktieninhaber hat auch Anspruch auf eine Dividende am Jahresende, sofern ein Gewinn erzielt wurde.

Von den 9.000 Arbeitern des Betriebes haben bislang 1.000 von ihrem Recht, Belegschaftsaktien zu erwerben, Gebrauch gemacht, hauptsächlich allerdings jüngere Arbeitnehmer, da die älteren noch aus der Kulturrevolution Angst haben, später als Kapitalisten angeklagt zu werden. Viele Arbeiter wollten mehr als die erlaubten fünf Stück erwerben, auch Pensionäre der Fabrik wollten Aktien kaufen. Gegenwärtig jedoch will man nur an die eigenen Arbeitnehmer Aktien verkaufen. Insgesamt sollen fürs erste 300.000 Yuan per Aktienausgabe aufgebracht werden. Davon sind bereits Aktien im Wert von 200.000 Yuan verkauft. Das Geld soll für die Gründung zweier Gemeinschaftsunternehmungen mit ländlichen Kommunen eingesetzt werden.

Da Chinas Industrieunternehmen bekanntlich den größten Teil ihrer Gewinne an den Staat abführen müssen, hat die Textilfabrik Nr.17 ein Tochterunternehmen in Form eines Kollektivbetriebes gegründet. Zehn Leute der Textilfabrik sind Mitglieder dieser Genossenschaft. Dieser Kollektivbetrieb der Textilfabrik ist der Vertragspartner mit den beiden Kommunen, er ist auch derjenige, der die Aktien ausgibt und das fehlende Geld per Bankdarlehen aufnimmt. Gegenwärtig müssen Kollektivbetriebe rund 55% ihres Gewinns an Steuern abführen. Man hofft in Shanghai darauf, daß dieses auf 45% gesenkt wird. In den beiden Gemeinschaftsunternehmungen mit den Agrareinheiten will man einmal 1 Mio. Yuan für eine andere Textilfabrik einsetzen, bei der die Nr.17-Fabrik die Maschinen, die Facharbeiter und die Betriebsleiter stellt, während die Kommune das in Shanghai so knappe Bauland, die Bauarbeiter und dann die Fabrikarbeiter beisteuern wird. Die Gewinne sollen zur Hälfte geteilt werden. Das andere Projekt mit einem Investitionsvolumen von 300.000 Yuan seitens des Shanghaier Unternehmens ist eine Baumwolltextilfabrik, die ihre bestehenden Kapazitäten ausweiten will. Hier wird der Hauptanteilseigner die Kommune sein (70%).

Erwartungsgemäß ist die Finanzierung eines Industrieprojekts durch Aktienausgabe kontrovers in China. Ein Artikel der Arbeiterzeitung ist überschrieben: "Aktiengesellschaften sind schädlich und nicht nützlich für die Vier Modernisierungen". Andere Zeitungen dagegen sagen: "Sozialistische Aktiengesellschaften sind wie die genossenschaftlichen Fabriken der Arbeiter, die Marx beschrieben hat". Die Fabrik selber betont die Nützlichkeit ihrer Unternehmung: Man habe

erstens für diese neuen Investitionsprojekte kein Geld vom Staat benötigt, schaffe zudem Arbeitsplätze auf dem Lande, erhöhe die Arbeitsmotivation der Arbeiter in der eigenen Fabrik und schöpfe zudem auch Kaufkraft ab. Nach einem Jahr will man die Ergebnisse dieses Experiments überprüfen (AWSJ, 3.1.81).

-ga-

(75) Chinas erster Atomreaktor erneuert

Der in den fünfziger Jahren gebaute erste Atomreaktor Chinas ist in einer 22 Monate andauernden Arbeit erneuert worden und hat in ersten Probeläufen gezeigt, daß alle technischen Parameter den Anforderungen genügen. Dies berichtet die Volkszeitung am 15. Januar 1981. Der Schwerwasserreaktor wurde 1958 vom Atomforschungsinstitut für Forschungszwecke errichtet. Ende der siebziger Jahre wurde er aufgrund zahlreicher Lecks, Risse und anderer Störfälle stillgelegt. Der jetzt vorgenommene Umbau hat acht Systeme, darunter den inneren Mantel, erneuert. Für den Schutz der mit dem Umbau beschäftigten Arbeiter sind umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen getroffen worden. In dem gesamten Umbauzeitraum waren sie einer Strahlung von durchschnittlich 1 Rem pro Person und Jahr ausgesetzt. Der jetzt umgebaute Reaktor wird noch ca. 15 Jahre arbeiten können.

-ga-

TAIWAN

(76) 13 weitere Industrieparks geplant

Mit einem Kostenvoranschlag in Höhe von 6.557 Mio. NT\$ (36 NT\$ = 1 US\$) wird die Regierung Taiwans weitere 13 Industriezonen erschließen. Sie umfassen eine Gesamtfläche von 4.677 ha, und die meisten von ihnen sollen in den kommenden zwei Jahren fertiggestellt werden. Es sind:

- Lize (Litse) im Kreis Yilan (Ilan) (420 ha),
 - Linkou im Kreis Taibei (Taipei) (55 ha),
 - Dayun (Tayun) im Kreis Taoyuan (67 ha),
 - Guanyin (Kuanyin) im Kreis Taoyuan (610 ha),
 - Hukou im Kreis Xinzhu (Hsichu) (256 ha),
 - Nankan im Kreis Nantou (177 ha),
 - Binhai (Pinhai) im Kreis Zhanghua (Changhua) (2.309 ha),
 - Panyuan im Kreis Zhanghua (160 ha),
 - Pingnan im Kreis Pindong (Pintung) (276 ha),
 - Lichia im Kreis Taidong (Taitung) (89 ha),
 - Naipu im Kreis Pindong (99 ha),
 - Fonglo im Kreis Taidong (19 ha) und
 - Kuanlien im Hafen Taizhong (Taichung) (140 ha)
- (Central News Agency, Taipei, 7.1.1981).

Der erste Industriepark in Xinzhu (Hsinchu) wurde im Dezember des vorigen Jahres eröffnet (C.a. Dezember 1980, S.1053, Ü 66). Die für diese Industrieparks zuständige Behörde stellte einen Zehnjahresplan für die Entwicklung auf. In den ersten drei Jahren bemüht man sich hauptsächlich, technologieintensive Industrien mit erfahrenen technischen Kräften aufzunehmen. In der zweiten Dreijahresperiode wird der Schwerpunkt auf einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt sowie der Zusammenarbeit zwischen Fabriken und Ausbildungsinstitutionen liegen. In den weiteren vier Jahren wird die Investition von inländischen Industriellen gefördert. Der Industriepark wird 20.000 Arbeitsplätze schaffen (CP, 27.1.1981).

-ni-

(77) Umschlagrekord in fünf Häfen

Zum ersten Mal haben die fünf internationalen Häfen Taiwans im letzten Jahr Güter in Höhe von über 100 Mio. t umgeschlagen. Nach den Angaben des Verkehrsministeriums in Taipei wurden 1980 in Gaoxiong (Kaohsiung), Jilong (Keelung), Taizhong (Taichung), Hualian (Hualien) und Suao insgesamt 116.460.900 t Güter geladen beziehungsweise gelöscht. Im Vergleich zu 1979 wurde 1980 eine Steigerung von 17,25% verzeichnet. Die einzelnen Statistiken der fünf Häfen wiesen folgende Umschlagszahlen auf:

Gaoxiong	71.850.600 t	(Jahreszuwachsrate 12,79%),
Jilong	35.186.000 t	(23,94%),
Taizhong	4.747.300 t	(15,94%),
Hualian	3.397.900 t	(37,64%),
Suao	1.279.100 t	(88,35%).

Außerdem wurden im letzten Jahr über den internationalen Flughafen in Taoyuan 69.500 t Güter ein- und 140.516 t Güter ausgeführt. (ZYRB, 16.1.1981)

-ni-

(78) Boom für taiwanesischen Exporte nach China

Trotz eines formellen Verbots für taiwanesischen Exporte in die Volksrepublik China verzeichnet dieser Handel über die Zwischenstation Hongkong in den ersten zehn Monaten des letzten Jahres einen außerordentlichen Zuwachs. Die Reexporte taiwanesischer Erzeugnisse durch die Kronkolonie stiegen sich um 1.200%. In den ersten zehn Monaten 1980 wurden Güter im Werte von 164,9 Mio. US\$ in die Volksrepublik eingeführt. In dem entsprechenden Vorjahreszeitraum waren es lediglich 12,5 Mio. Die größte Steigerung war bei den Textillieferungen zu verzeichnen, die 60% der taiwanesischen Exporte ausmachen. Nächstfolgend auf der Rangliste sind Fernsehgeräte, Fernschröhren, Kunstfasern, elektrische Ventilatoren und Radiogeräte. Seit April 1980 hat die Volksrepublik alle Einfuhrzölle für taiwanesischen Erzeugnisse aufgehoben, da Taiwan als chinesische Provinz einen inländischen Status genießt.

Im Gegenzug konnten die Exporte der Volksrepublik auf die Insel nicht im entsprechenden Maß gesteigert werden. Sie kamen auf lediglich 65,6 Mio. \$ gegenüber 44,4 Mio. vor einem Jahr. Hauptexportgüter waren Heil- und medizinische Erzeugnisse, Mineralien, Obst, Nüsse, Gemüse, Fisch und tierische Nebenerzeugnisse. Taiwanische Erzeugnisse in China sind mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Taiwan" klassifiziert, nicht mit dem sonst üblichen "Made in the Republic of China" (AWSJ, 13.1.81).

-ga-

(79) 3,9% Zuwachs im Fremdenverkehr

Nach Angaben des Fremdenverkehrsbüros vom 9. Januar 1981 hat Taiwan im vorigen Jahr insgesamt 1.393.254 Touristen aus dem Ausland empfangen; im Vergleich zu 1979 ergab sich ein Zuwachs von 3,9%. 1980 kamen 1.101.130 Ausländer und 282.124 Overseechinesen nach Taiwan. Außerdem hat die Behörde für die Kontrolle der Ein- und Ausreise im Innenministerium am gleichen Tag bekanntgegeben, daß 309.129 Bürger Taiwans im letzten Jahr Urlaub im Ausland gemacht haben; 3.548 Anträge wurden nicht genehmigt (ZYRB, 10.1.1981). Vor zwei Jahren hatte die Regierung in Taiwan ihren Bürgern erstmals Urlaubsreisen nach dem Ausland ermöglicht. Im ersten Jahr (1979) wurden von der Behörde 312.446 Ausreisegenehmigungen